

Erhalten während, amtlich, durch, Kreis-Verordnungen; Sonntags, „Der Weißbier“, Dienstag, „Wochenblatt“, Mittwoch, „Technische Nachrichten“, Donnerstag, „Sportblatt“, Freitag, „Wirtschaft“, „U. A.“, Sonnabend, „Haus Hof Garten“, Sonntagspreis für den Einzel-Blatt 10 000...



Verkaufs- und Abonnements-Kundens in Groß- und Kleinstädten; Hauptvertrieb SW. 11, Carlshofstr. 41, 42; Berlin, Hauptvertrieb SW. 11, Carlshofstr. 41, 42; Berlin, Hauptvertrieb SW. 11, Carlshofstr. 41, 42; Berlin, Hauptvertrieb SW. 11, Carlshofstr. 41, 42...

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Fr. 209 Sonntag, 5. Mai 1923
52. Jahrgang

Der erste Tag des Krupp-Prozesses.

Vernehmung der „Angeklagten“. — Die Verantwortlichkeit. Soldat und Arbeiter. — Betriebsratsmitglied Müller verhaftet. (Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Um 2 Uhr nachmittags wird die Verhandlung im Krupp-Prozess fortgesetzt. Dr. Bruhn, kaufmännischer Direktor von Krupp, auch an ihn die Frage über die Stellung des Vorstandes. Es ist klar: die solidarische Haftung des Direktoriums nachzuweisen. Bruhn spricht höchst gewandt und anständig. „Das Direktorium ist konstruiert, wie das Kabinett eines Staates. Jeder Direktor hat sein „Ministerium“, einen „Präsidenten“ gibt es nicht. Die Leitung der Fabrik ist demokratisch konstituiert.“ Zweite Frage: Ihre Erlebnisse am 31. März? Der hier in Werden nicht amtierende stellvertretende Direktor Schraepfer, den Bruhn inmitten mehrerer Herren traf, die lebhaft die Situation beschreiben, teilte Bruhn mit, daß beschloffen worden sei, die Sirenen in Bewegung zu setzen. Wieder fragen wie im Falle des Herrn v. Bohlen, ob dieser Beschluß vorbereitet gewesen sei. Fragen, wer von den Herren des Direktoriums mit dem Betriebsrat verhandelt habe.

Bruhn gibt jetzt sehr wichtige und energische Erklärungen ab. „Das Direktorium wünscht nicht die Verantwortung auf die abwesenden Herren Kunz und Schraepfer abzuwälzen, von denen Kunz für Schraepfer den abwesenden stellvertretenden Direktor für soziale Fragen vertrat.“ Aber Bruhn wünscht im Namen des Direktoriums zu sagen, daß Kunz und Schraepfer im höchsten Grade ihr Vertrauen verdienten, sich in langen Jahren große Verdienste um die Firma erworben haben, seine hilsfertigen Nationalisten sind, sondern ruhige und unsichere Männer. Dasselbe aber gilt für den Betriebsrat, der mit dem Direktorium seit langem erfolgreich zusammenarbeitet und der ebenfalls aus ruhigen erfahrenen Männern zusammengesetzt ist, denen die Arbeitererschaft durch Wahl ihr Vertrauen ausgedrückt hat. Drittens sei die Arbeitererschaft in Essen in ihrer großen Mehrzahl gemäßigt, politisch geklärt und Unbekantheiten abgeneigt. Unter diesen Umständen habe das Direktorium das Recht, den nächstbeteiligten das weitere zu überlassen. Bruhn spricht dann über die von Herrn von Bohlen früher geplante Sitzung, in der Bruhn Bericht erstattete und die ihm so notwendig war, als Bruhn am Nachmittag nach Berlin zurückkehren mußte. Während dieser Sitzung wurde einige Male gefragt, wie die Dinge auf der Altonaer Straße standen. Bruhn betont nachdrücklich, daß nach allen Ereignissen in früheren Fällen kein Grund zur Verurteilung war. Er erinnert an die kurz vorher erfolgten Requisitionsbefehle bei Thönsen.

Der Vorliegende fragt: „Was glauben Sie, was geschehen wäre, wenn sich Tausende von Arbeitern gesammelt hätten?“ Bruhn: „Das ist ja tatsächlich geschehen und es hat keinen Zwischenfall gegeben. Dasselbe haben wir im Falle der Requisitionen bei Krupp nach allem Vorangegangenen und gerade nach dem, was bei Thönsen sich abgepielt hat, erwarten können, um so mehr, als bei Thönsen die Truppen sofort völlig von Arbeitern eingeschlossen waren.“

Der Staatsanwalt macht nach den Fragen des Vorliegenden einige entscheidende Antritte: „Sind die sämtlichen acht Direktoren in corpore für alles verantwortlich? Ja oder nein?“ Bruhn antwortet: „Für die Gesamtleitung ist der Vorstand verantwortlich, für besondere Anordnungen ist der einzelne verantwortlich.“

Die folgenden Fragen des Staatsanwaltes bringen nichts Neues und bringen also auch keine neue Antwort. Einer der Richter fragt durch den Vorliegenden, ob Krupp von v. Bohlen vertreten würde, wenn er nicht anwesend sei. Bruhn erklärt, Krupp von Bohlen habe nach dem Krieg den Wunsch ausgedrückt, häufiger in den Direktorsitzungen zu erscheinen. Das Direktorium habe selbstverständlich zugestimmt. Das Verhör Bruhns ist beendet. Es hat sehr klare und einfache Antworten gebracht.

Der Direktor der Firma Krupp, Hartwig, Leiter der Lokomotiv- und Eisenbahnabteilung, wird hierauf vorgelesen. Hartwig war nicht erstaunt, daß die Sirenen in Bewegung gesetzt waren. Es war bekannt, daß die Arbeiter zusammenkommen würden, falls Soldaten auf dem Werkplatz erschienen. Hartwig hat dann Herrn v. Bohlen von dem Eisenriegel benachrichtigt, aber, abweichend von der Darstellung Krupps, nur von der Möglichkeit, nicht der Gewissheit getrieben, daß die Sirenen in Tätigkeit treten. Der Vorliegende fragt, ob das Direktorium Eisenriegel zum Arbeitsanfang und zum Arbeitende gibt. Der Staatsanwalt verfolgt diese Linie weiter. Er wünscht augenscheinlich zu bemerken, daß nur die Direktoren das Recht haben, die Sirenen zu bedienen. Der Nachweis gelingt nicht.

Der Vorliegende konstatiert, daß dem die Arbeiter an den Eisenriegeln eine sehr schwere Aufgabe haben. Hartwig wird gefragt, ob er gewußt habe, daß die Eisenriegel eine Demonstration bedeuteten und ob er etwas getan habe, um diese Demonstration aufzuhalten. Das erste bejaht,

Curzon für gemeinsames Vorgehen der Alliierten.

„Entscheidung über das deutsche Angebot durch alle Hauptmächte.“

London, 4. Mai. (W. T. S.) Lord Curzon sprach heute auf der Jahresversammlung der Primrose League in der Albert Hall. Er sagte, die Hauptbedürfnisse des englischen Volkes seien eine Rückkehr zu den Verhältnissen, unter denen die Entwicklung der Welt im Frieden miteinander sein solle. — ein unbeschränkter Handel, freundschaftlicher Verkehr und besonders die Entwicklung der riesigen latenten Hilfsquellen des britischen Reiches. Seiner Ansicht nach haben sich überall die Wölfe. Ein Geist des Vertrauens komme unter den Völkern der Welt auf. Bezugnehmend auf die Kaufmann-Konferenz erklärte Curzon, er hoffe auf Erfolg, einmal weil es im Interesse seiner Partei sei, den Kampf zu erneuern, was tatsächlich eine Lücke sei und eine Schande sein würde und zweitens weil die bestehenden Differenzen eine unerbittliche Fehde nicht rechtfertigen. Bezüglich Ägyptens erklärte Curzon, er sehe der Zeit entgegen, wo ein freies und unabhängiges Ägypten eine der großen gemeinsamen freundschaftlichen Staaten sein werde, die in enger Allianz und Kooperation mit der britischen Krone sein würden. Nach Verhörung der mesopotamischen Frage wandte sich Curzon der Lage in Zentral-Europa zu und sagte: Er glaube, daß die Rassen über diesen Teil der Welt ziemlich schwer hängen und es gebe Leute, die sagen, daß sie sich durch die Ereignisse der letzten Tage nicht gefügt hätten. Man könne jedoch nicht rasch und plötzlich Lösung von Dingen erwarten, die so verwickelt seien wie diese. Hier würden die Leidenschaften der Völker erweckt, wo große Interessen in Betracht kämen und wo die Sicherheit und möglicherweise der sinnliche Bestand großer Staaten in Frage ständen. Die Regierung sehe augenblicklich im engsten Gedankenaustausch mit den französischen und belgischen Regierung und mit den anderen Alliierten. Bezüglich der Ruhrfrage lehne er es ab, die Lage mit Mutlosigkeit oder Verzweiflung zu betrachten. Er fuhr fort: „Ob das deutsche Angebot gut oder schlecht ist, und sehr viele betrachten es als unangenehm, jedenfalls geht die Frage um alle an. Wir werden aus der schwierigen und bedauerlichen Lage nur durch ein gemeinsames Vorgehen herauskommen. Wenn die Deutschen vor den Rat, die Entscheidungen und die Handlungen aller beteiligten Hauptmächte gestellt werden, so werden die Ausichten auf einen Erfolg beträchtlich wachsen.“ Auf die kommende Reichstagskonferenz bezugnehmend erklärte Curzon, die Regierung suche eine Politik in internationalen Fragen zu finden, die über die Aufmerksamkeit nicht für Großbritanniens allein, sondern für das gesamte britische Reich sprechen könnte. Man müsse den Zweck bedenken, den es für seine Stellung und Macht bedeuten würde, wenn er wüßte, und wenn die Welt wüßte, daß er die Ausichten und die Macht des ganzen britischen Reiches hinter sich habe.

Der Präsident des Verbandes britischer Handelskammern, Arthur Balfour (nicht der frühere Minister, Die Red.), erklärte in einer Rede auf einen Grundsatz der amerikanischen Handelskammer in London zur Frage der Reparationen, man sei jetzt auf einen Punkt gelangt, wo der Geschäftsmann und der Finanzmann eintreten müßten. Er habe die Zuversicht, daß man in der Lage sei, eine internationale freie Karperenschaft kommerzieller und finanzieller Männer zusammen zu bekommen, die in ihren Ländern geschäftlich seien und internationalen Ruf hätten und die dieses Problem in Angriff nehmen und der Welt zeigen würden, was an Reparationen möglich

und was unmöglich sei. Balfour fuhr fort: „Sie haben den von Deutschland gemachten Vorschlag gesehen. Keiner hat Deutschland sich gefunden und gedrückt, so daß man ihn heute nicht glaubt. Das erste, was Deutschland tun muß, ist, seine Karte auf den Tisch zu legen und ein ehrliches Spiel zu spielen. Ich glaube nicht, daß das Reparationsproblem schmeichlich zu regeln ist. Deutschland hat gewisse Vorschläge gemacht, und schließlich sind die Grundfragen die: Wer wird das Geld zahlen und wie wollen wir eine internationale Anleihe aufbringen? Ich glaube nicht an die Zweckmäßigkeit irgendwelcher Einmischung von Seiten der Regierungen. Die Anleihe muß von dem Publikum abgeschlossen werden und die Bedingungen müssen derartige sein, daß das Publikum sie annimmt. Ein Ding ist notwendig, man muß die deutschen Zölle kontrollieren, und wenn man dies tut und ein- und Ausfuhrzölle in Gold zahlen mag, so hat man am Ende jedes Monats eine gewisse Summe in Händen, und mit diesem Geld kann man die deutschen Scheine garantieren und diese Scheine dann verkaufen.“

Das zweite verneint Hartwig. „Dann müssen Sie auch die Verantwortung tragen.“ Hartwig: „Ich bin durchaus dazu bereit, aber ich verweise auf die Erklärungen Bruhns über die Verteilung der Verantwortung.“ Der Vertreter der Anklage fragt, ob die Vertreter des Direktors (Kunz und Schraepfer) in Ausübung der Vertretung die Verantwortung des verantwortlichen Direktors tragen. Hartwig antwortet: „Ja“, fügt aber hinzu, daß beide Vertreter an den Direktorsitzungen nicht teilnahmen.

Der Staatsanwalt wünscht augenscheinlich dem Angeklagten als Vollvertreter die Verantwortung für das zuzuschreiben, was die Vertreter des damals abwesenden Direktors Bialhaber mit dem Betriebsrat abgemacht haben. Die Debatte zieht sich hin. Der Staatsanwalt versucht immer wieder nachzuweisen, daß der Angeklagte vor dem Eisenriegel über die Lage genau orientiert gewesen sei. Hartwig wird noch einmal aufgefordert, sein Gespräch mit Krupp von Bohlen zu wiederholen. Die Anklage legt von neuem besonderen Wert darauf, daß Hartwig mitteilt, er habe Befehlen darauf aufmerksam gemacht, daß vielleicht die Signale gegeben werden, damit Bohlen ausgesetzt habe, ihm sei gesagt worden, daß die Sirenen in Bewegung gesetzt werden.

Der Verteidiger Dr. Grünm greift ein. Er wünscht, daß noch einmal die Frage erörtert wird in Ergänzung der

und was unmöglich sei. Balfour fuhr fort: „Sie haben den von Deutschland gemachten Vorschlag gesehen. Keiner hat Deutschland sich gefunden und gedrückt, so daß man ihn heute nicht glaubt. Das erste, was Deutschland tun muß, ist, seine Karte auf den Tisch zu legen und ein ehrliches Spiel zu spielen. Ich glaube nicht, daß das Reparationsproblem schmeichlich zu regeln ist. Deutschland hat gewisse Vorschläge gemacht, und schließlich sind die Grundfragen die: Wer wird das Geld zahlen und wie wollen wir eine internationale Anleihe aufbringen? Ich glaube nicht an die Zweckmäßigkeit irgendwelcher Einmischung von Seiten der Regierungen. Die Anleihe muß von dem Publikum abgeschlossen werden und die Bedingungen müssen derartige sein, daß das Publikum sie annimmt. Ein Ding ist notwendig, man muß die deutschen Zölle kontrollieren, und wenn man dies tut und ein- und Ausfuhrzölle in Gold zahlen mag, so hat man am Ende jedes Monats eine gewisse Summe in Händen, und mit diesem Geld kann man die deutschen Scheine garantieren und diese Scheine dann verkaufen.“

Die abwartende Haltung Englands.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 4. Mai. Die Haltung der englischen Regierung zu dem deutschen Angebot ist nach wie vor sehr wenig in Erörterung zu bringen. Die öffentlichen Stellen sind noch immer sehr zurückhaltend. Nach einer offiziellen Mitteilung sei es so gut wie sicher, daß die englische Regierung auf die deutsche Note antworten werde, wenn auch nur „der Form wegen“. Sie werde sich vorher mit ihren Alliierten beraten. Es scheint, daß die englische Regierung die weitere Entwicklung zwischen den zunächst beteiligten Parteien abwarten gedenkt, bevor sie die Richtlinien ihrer Politik festlegt. Eine Kabinettsitzung ist noch nicht anberaumt worden, dagegen haben Besprechungen der Minister stattgefunden. Man hofft in unternichteten Kreisen, daß die Regierung am nächsten Dienstag im Parlament eine Erklärung zur deutschen Note abgeben werde, und zwar durch Lord Curzon im Oberhaus und durch Schakfänger Baldwin im Unterhaus. Der „Evening Standard“ schreibt, es sei möglich, daß das deutsche Angebot nicht ganz abgelehnt werde, und daß Deutschland angefordert werde, weitere Pfänder und Garantien anzubieten, bevor irgendwelche Verhandlungen eröffnet werden. In Londoner politischen Kreisen finde man die deutsche Note sehr uninteressant, sowohl wegen der ungenügenden finanziellen Vorschläge, als auch wegen ihres herausfordernden Tones. Zu dem heute vortagen gemeldeten französischen Reparationsplan, den wieder der „Daily Telegraph“ veröffentlicht, erlaube ich, daß er in Beziehungen zu dem früheren französischen Finanzminister Klotz zu bringen ist. Klotz befindet sich zurzeit in London, wo er gefahren eine sehr scharfe Rede gegen den angeblich noch nicht erfolgten deutschen Kriegsgefangenen hat.

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses

Sitzung am Mittwoch.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt am Mittwoch vormittag um 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der außenpolitischen Lage zu beschäftigen, da man in parlamentarischen Kreisen erwartet, daß bis dahin die Antwort der Alliierten in Berlin eingetroffen ist. Sämtliche Parteien des Reichstages hielten gestern Fraktions-sitzungen ab, in denen sie die außenpolitische Situation erörterten.

Ausführungen Hartwigs, daß die Verantwortung sich in der Fabrik verteilt. Bruhn sieht noch einmal an der Hand von Beispielen aus, wie die Verantwortung in der Leitung Krupps verteilt und zusammengefaßt ist. Das Verhör des Herrn Hartwig ist beendet. Der Staatsanwalt, immer lebhaft, gibt Zeichen der Zufriedenheit.

Der vierte „Angeklagte“, Direktor Desterle, wird vorgelesen. Er ist technischer Direktor. Er hat 10 000 Arbeiter unter sich. Er spricht sehr lebhaft. Er ist um 7 Uhr zur Inspektion der Anlagen von Halle fortgegangen. Die Frage des Vorstehenden knüpft an die Erklärung Desterles an, er habe um 7 Uhr gehört, daß Truppen im Wert seien. Er sei um 9 Uhr er kaum gewesen, daß die Signale ertönt. Dieses Erzählen beschäftigt den Vorstehenden. Desterle erklärt, er habe von der früheren. Mitte März getroffenen Abmachung des Betriebsrats mit Kunz und Schraepfer, daß im Befehlsfall die Sirenen in Betrieb gesetzt werden sollten, gehört. Daß die Sirenen um 9 Uhr in Bewegung gesetzt wurden, habe ihn in Erstaunen gesetzt, weil er glaube, daß die Truppen längst abgezogen seien. Im übrigen bejaht Desterle alle Mitteilungen, die auch v. Bohlen, Hartwig und Bruhn über die Vorgänge in Hauptverwaltungsgebäude gemacht haben. Der Staatsanwalt fragt, ob Werkzeuge aus dem Werkstätten ohne Erlaubnis der Direktoren fortgenommen werden könnten.